

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Wöchentliche Beilage“, „Halt und Zeit“ und „Ankerbund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tatort“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000, Berlin SW 68

Dienstag  
11. Dezember 1928  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompromittierung des „Vorwärts“ durch die „Kleinzeitung“ des Reichsverbandes der Arbeiterpartei Deutschlands, die am 12. Dezember 1928 in Berlin erschien, ist ein weiterer Schritt zur Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die „Kleinzeitung“ ist ein rein antisozialistisches Organ, das die Interessen der Arbeiterklasse nicht vertritt, sondern nur die Interessen der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich verpflichtet, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und dies wird sie auch in Zukunft tun.

## Erste Ratsitzung in Lugano.

### Laufende Angelegenheiten teils erledigt, teils vertagt. — Stresemanns politische Besprechungen.

Lugano, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Mitglieder des Völkerbundesrates sind sich sichtlich darin einig, den

regulären Charakter

der Luganeser Tagung zu betonen. Briand erledigte sich am Montag nach Eröffnung der 53. Tagung seiner Pflicht als Präsident. Stresemann, Chamberlain und den Rumänen Titulescu zu ihrer Genehmigung zu beglückwünschen, mit wenigen freundschaftlichen Worten; ebenso kurz fiel sein Dank an Lugano für die herzliche Aufnahme aus. Darauf wurden in schneller Folge wie üblich diejenigen Punkte der Tagesordnung behandelt, die mit Kenntnisnahme oder Vertagung zu erledigen sind.

Der Mandatsbericht wurde auf die folgende Tagung verschoben, da die Mandatskommission erst im November gelangt hat. Am Optantenstreit wurde auf die am 15. Dezember in Wien begonnene direkten rumänisch-ungarischen Verhandlungen hingewiesen, wobei der Rat an die beiden Staaten den Appell richtete, sich zu einigen. In der Frage der Verminderung der Ratsitzungen soll in der nächsten Herbsttagung ein Beschluß durch die Völkerbundsversammlung herbeigeführt werden. Ausweichend lautete die Entscheidung über die Frage der Beschlußfassung bei Anfragen an den Internationalen Gerichtshof. Die Ratsmitglieder wollen diese Frage erst einmal „persönlich studieren“.

In Presseempfangen, die Stresemann und Chamberlain abhielten, wurde ebenfalls betont, daß die Erledigung der ordentlichen Tagesordnung die Hauptsache darstelle. Chamberlain äußerte, daß man über die Methode der Berufung der Reparationsexperten in der Hauptsache einig sei und bestehende Meinungsverschiedenheiten freundschaftlich regeln werde. Ueber die Reparationsfrage werde nicht in Lugano, sondern auf der Expertenkonferenz verhandelt. Gleichzeitig mit dieser oder sofort nach der Expertenkonferenz müsse die andere Frage, die der Räumung, erledigt werden.

Von deutscher Seite wird die Notwendigkeit eines energischen Versuchs zur Lösung des litauisch-polnischen Streites betont. Der gegenwärtige Zustand berge die Gefahr von Komplikationen in sich. Darüber ist sowohl zwischen Briand und Stresemann, wie in der Unterredung, die Stresemann am Montagabend mit Chamberlain hatte, gesprochen worden. Im übrigen bildete die

Unterhauserklärung Chamberlains

über den juristischen Anspruch Deutschlands auf Räumung Hauptthema der einseitigen Unterhaltung mit Stresemann. Chamberlain betonte, daß die juristische Seite der Angelegenheit nichts an Englands politischem Eintreten für baldige Räumung ändere.

Eine Havas-Meldung, daß Stresemann und Briand über das Marinekompromiß gesprochen hätten, wird von deutscher Seite dementiert. Der italienische Unterstaatssekretär Grandi hat Stresemann um eine Unterredung ersucht.

Pariser Begleitmusik in Rom.

Paris, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Die erste Begegnung zwischen Stresemann und Briand in Lugano findet in der Pariser Presse eine wider Erwarten freundliche Begleitmusik. Die Mehrzahl der Blätter gibt in ihren Telegrammen aus Lugano wie auch in ihren Kommentaren der Auffassung Ausdruck, daß die Trübungen, die das deutsch-französische Verhältnis erfahren habe,

ausschließlich auf Mißverständnisse zurückzuführen

seien und es Briand deshalb nicht schwer fallen könne, den deutschen Außenminister von der Aufrichtigkeit der französischen Friedenspolitik und ihrem unbedingten Festhalten an Locarno zu überzeugen. Auch in den politischen Kreisen neigt man zu einer ausgesprochen zuversichtlichen Beurteilung der Situation, läßt es andererseits aber an Warnungen vor allzu weitgehenden Hoffnungen auf konkrete Verhandlungsergebnisse nicht fehlen.

Der „Temps“ dürfte ausnahmsweise einmal recht haben, wenn er am Montag feststellt, daß weder zur Beunruhigung noch zu allzu hoch gespannten Erwartungen Veranlassung bestehe, da seit der letzten Zusammenkunft der Außenminister in Genf

keinerlei nennenswerte Veränderung der Situation eingetreten

sei. Tatsächlich seien durch die Genfer Vereinbarungen die beiden Hauptfragen, die das deutsch-französische Verhältnis bestimmen: Reparation und Räumung — der Aussprüche vorübergehend entzogen. Für die Reparation sei eine neue Sachverständigenkonferenz vorgelesen, über die Räumung werde man mit Erfolg erst wieder verhandeln können, wenn man über die Liquidation der finanziellen Frage zu einer endgültigen Einigung gekommen sein werde. Unter diesen Umständen wäre es durchaus unangebracht, von den Besprechungen von Lugano außergewöhnliche Dinge zu erwarten.

Nach den Versicherungen der hiesigen Presse soll am Sonntag

weder über die Räumung noch über die Reparationsfrage gesprochen worden sein. Diese Darstellung hat um so mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als die in Paris geführten Besprechungen über den Zusammentritt der Sachverständigenkonferenz weitergehen und sich tatsächlich ihrem Abschluß zu nähern scheinen. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, dürfte in den beiden noch strittigen Fragen der Ernennung der Sachverständigen wie der Festlegung ihrer Kompetenzen ein auch für Deutschland tragbares Kompromiß schon für die nächsten Tage bevorstehen.

## Waldemaras predigt Polenhaß — und fährt zum Völkerbund.

Romano, 10. Dezember.

Ministerpräsident Waldemaras, der am Sonntag zur Ratsitzung nach Lugano gereist ist, hielt im Offizierskasino eine geharnischte Rede, in der er gegenüber den polnischen Eroderungsoblasten und den Verhandlungen über den litauisch-polnischen Konflikt in Lugano, die litauische Armee aufrief, bereit zu sein, die Freiheit Litauens bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Einsetzung einer Sachverständigenkommission in Genf bezeichnete Waldemaras als eine leere Drohung, da die Vorschläge einer solchen Kommission nach dem Völkerbundsprotokoll nur mit Zustimmung Litauens durchgeführt werden könnten. Keine Macht könnte Litauen zwingen, die polnische Hand anzunehmen, an der das Blut der bei dem räuberischen Einfall Jelligowskis Gefallenen fließt.

## Neue Vorstöße wegen Artikel 431.

Lord Parmoor im Oberhaus.

London, 10. Dezember.

Im Oberhause eröffnete Lord Parmoor (Arbeiterpartei) eine Debatte über Artikel 431 des Versailler Vertrages. Er sagte: Die zur damaligen Zeit abgegebenen Erklärungen zeigen, daß die etwas engherzige Auslegung des Artikels durch Chamberlain nicht die echte Auslegung ist. Der Artikel bedeutet offenbar einen Deutschland gewählten Vorteil. Chamberlain vertritt eine Auslegung, wonach die Räumung erst fällig werde, wenn Deutschland seine gesamten Reparationsverpflichtungen erledigt habe.

Man kann unmöglich annehmen,

daß die Staatsmänner, die den Versailler Vertrag entworfen und gewußt haben, daß der Mindestzeitraum für die Reparationszahlungen 30 Jahre betragen würde, angenommen haben sollten, daß alles innerhalb der Befristungsfrist, d. h. 15 Jahre, gezahlt werden würde. Die Auslegung, die ich für die richtige halte, ist, daß Deutschland den Beweis erbringen muß, daß es seine Reparationszahlungen regelmäßig leistet. Es liegt auf der Hand, daß die Unterzeichnung des Versailler Vertrages nicht gewollt haben, daß die Räumung bis zur tatsächlichen Bezahlung aller Reparationen aufgeschoben werden solle. Die 1919 von Präsident Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichnete Erklärung stellt diese Angelegenheit über jeden Zweifel hinaus klar. Parmoor berief sich weiter auf das Urteil Lardieus und erklärte, die von Chamberlain dem fraglichen Artikel gegebene Auslegung nehme ihm jeden Wert. Parmoor sagte zum Schluß, er hoffe, daß man sich über diese Dinge in verständlicher Weise einigen werde. Andererseits würde es am Platze sein, die Frage

dem hiesigen Gerichtshof zur Entscheidung

zu überweisen. Der Vordanzler Lord Halskham, der an Stelle des abwesenden Lord Cushendun für die Regierung sprach, führte aus, er könne nicht begreifen, welchem nützlichen Zweck durch die von Parmoor eröffnete Aussprache gedient werden könne. Er fuhr fort: Die Auslegung des Artikels 431 und die Korrektheit dieser Auslegung sind gegenwärtig Gegenstand einer wirklichen Kontroverse zwischen Frankreich und Deutschland.

Der Vordanzler wies sodann ausführlich die Deutung zurück, die Lord Parmoor der Erklärung Chamberlains gegeben habe, wonach die Befristung länger als 15 Jahre dauern könnte. Es sei Chamberlain niemals eingefallen, etwas Derartiges aus dem Artikel 431 herauslesen zu wollen.

## Wedgwood und Rennie Smith im Unterhaus.

London, 10. Dezember.

Im Unterhaus fragte Oberst Wedgwood (Arbeiterpartei), ob die Regierung die Erklärung von 1919 über die Rheinlandräumung anerkenne. Unterstaatssekretär Coker Campson erwiderte: Ich habe der von Chamberlain am 8. Dezember abgegebenen Erklärung nichts hinzuzufügen.

Rennie Smith (Arbeiterpartei) fragte, ob die Erklärung von 1919 nicht im Jahre 1928 eine gewisse Wirkung habe. Coker Campson erklärte, dies habe nichts zu tun mit ihrer juristischen Seite, sondern betreffe die politische Seite. (?)

## Die Führerwahl in Köln.

Eine bittere Lehre für die Zentrumsarbeiter.

Alles, was auf dem Kölner Zentrumsparteitag in der öffentlichen Diskussion gesagt worden ist, die langen Reden über Aufgaben und Ziele der Zentrumspolitik, den Charakter der Partei — alles das waren Nebensächlichkeiten. Es gab auf dem Parteitag nur ein Thema, um das alle Gedanken kreisten: Wer wird Nachfolger von Marx? Es ging schließlich auch um mehr als eine rein organisatorische Frage. Die Entscheidung über den Zentrumsvorsitz war zugleich eine Entscheidung über die Machtverteilung im Zentrum und über die Frage, wer in Zukunft das maßgebende Wort zu sprechen hat. Tagelang haben die einzelnen Gruppen und Richtungen miteinander gerungen, bis sich schließlich der Sieg des Bürger- und Blüffertums über die proletarischen Schichten in der Partei ergab.

Es waren für das Zentrum unerhörte Vorgänge, die sich in Köln abgespielt haben. Der Vorsitzende dieser Partei ist bisher stets von einem Gruppchen ernannt und dann vom Parteitag ohne Opposition unter dem üblichen stürmischen Beifall auf den Thron erhoben worden. Diesmal war es anders. Der Parteitag erhob alle im stillen Kämmerlein gefassten Beschlüsse um, desavouierte den Vorstand und brachte seinem Kandidaten Stegerwald eine schwere Niederlage bei.

Man muß sich den nur zum Teil bekannten Hergang in die Erinnerung zurückerufen. Der Zentrumsparteivorstand beschließt mit der knappen Mehrheit von 15 gegen 13 Stimmen, Stegerwald als Nachfolger von Marx vorzuschlagen. Diese Mehrheit für Stegerwald war, obgleich sich auch Marx für ihn einsetzte, so gering, daß man allgemein einen Verzicht Stegerwalds erwartete. Das geschah jedoch nicht. Stegerwald stellte sich dem Parteiausschuß zur Wahl und wurde nach außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen mit der niederschmetternden Mehrheit von 120 Stimmen gegen 40 Stimmen abgelehnt. Die Folge war große Erregung bei den Gewerkschaftsführern. Sie traten zu einer Sonderitzung zusammen, in der beschlossen wurde, an der weiteren Wahl nicht teilzunehmen, weil sie die Entscheidung des Ausschusses als einen Schlag gegen die Arbeiter empfanden. Von da ab tagten zwei Konferenzen nebeneinander: der offizielle Parteiausschuß und die Arbeitervertreter. Friedensboten pendelten hin und her, aber eine Verständigung ließ sich nicht finden, weil die Arbeiter bei ihrer Meinung verharrten, der Beschluß des Ausschusses sei gegen die Arbeiterchaft überhaupt gerichtet. Um diesem Einwand zu begegnen, versiel man auf den Gedanken, den Führer der katholischen Arbeitervereine Joos, der sich sonderbarerweise dem Protest der Gewerkschaften nicht angeschlossen hatte, als Kandidaten aufzustellen. Alles Sträuben von Joos, der sich nicht in Gegensatz zu den Gewerkschaftsführern bringen lassen wollte, half nichts. Er wurde von dem Parteiausschuß einstimmig als Kandidat für die Nachfolge von Marx gewählt, lehnte aber ab und machte seinen bekannten Direktorialvorsatz. Dieser Plan, ein Drei-Männer-Direktorium einzusetzen, war das Ergebnis von Verhandlungen, die in der Zwischenzeit mit den Gewerkschaftsführern gepflogen worden waren. Sie stimmten schließlich dem Vorschlag zu; der Friede schien leidlich gesichert. Da kam der Parteitag selbst und warf alles über den Haufen. Er setzte in der nichtöffentlichen Sitzung die direkte Wahl eines Vorsitzenden durch und zerstörte damit die mühsam gefundene Einigung. Da aber nun einmal Joos und Stegerwald in den Vordergrund gerückt waren, wollte keiner zurücktreten, und so kam es, daß sich dem Parteitag gleich zwei Arbeiterkandidaten für den Vorsitz der Partei empfahlen. Beide wurden abgelehnt. Stegerwald mit einer geradezu katastrophalen Mehrheit. Sieger blieb der geistliche Herr Kaas.

Diese Vorgänge zeigen, wie tief der Riß im Zentrum wirklich ist. Kein Zweifel: der tiefste Grund für die Niederlage von Stegerwald ist die arbeiterfeindliche Tendenz, die im Zentrum die Oberhand hat. In der nichtöffentlichen Sitzung des Parteitages ist von einem Delegierten offen ausgesprochen worden, daß mit der Wahl Stegerwalds „das Zentrum eine Arbeiterpartei“ würde. Dieser Gedanke hat alle Zentrumsblüffter aufgeschreckt. Man will keine Arbeiter in führender Stelle, die Arbeiterchaft ist nun einmal im Zentrum nicht gleichberechtigt. Neben diesem Geist des sozialen Rückschritts und der gesellschaftlichen Vorurteile haben bei der Niederlage Stegerwalds sicherlich auch noch andere Gründe mitgewirkt, die in seiner Persönlichkeit begründet liegen. Noch niemals dürfte es vorgekommen sein, daß der Führer einer Partei in dieser Weise abgelehnt wurde wie Stegerwald. Sein politisches Ansehen ist jetzt so erschüttert, daß er selbst die Absicht haben soll, auch von der Führung der Fraktion zurückzutreten.

Der Zentrumsstreit wird nach dieser Führerwahl mit Festigkeit weitergehen. Am nächsten Sonntag wollen die



christlichen Gewerkschaften in Essen gegen diese Wahl demonstrieren. „Der Deutsche“ schreibt bitter:

„Man mag es drehen, wie man will, die Arbeiterwähler des Zentrums sind mit dem Ergebnis der Führerwahl in Köln nicht zufrieden. Ueber all dem Her und Hin stand für sie die entscheidende Frage: Wird das Zentrum diesmal einen Führer aus ihren Reihen wählen oder nicht? Der Reichsparteitag hat gegen den Arbeiterführer gestimmt.“

Es ist darum nur allzu verständlich, wenn die Arbeiter in dem Ergebnis der Kölner Wahl nicht nur eine Zurücksetzung ihrer Führer, sondern auch eine Zurücksetzung ihres Standes erblickten. Sie müssen das höchst peinliche Gefühl haben, daß man ihnen und ihren Führern nicht das Maß von Vertrauen, Fähigkeit und gutem Willen zumißt, das man sonst jeder Schicht und jedem Politiker, sei er Beamter oder Geistlicher, ohne weiteres zubilligt. Es werden bittere Gefühle ausgeöst, die mit ihren Wurzeln noch in jener Zeit stecken, wo man noch für den „vierten Stand“ besondere „Berücksichtigung“ hatte.“

Die sozialen Gegensätze sind also durch diese Wahl verschärft worden. Aber sie ist schließlich nur eine Widerspiegelung des Wesens der Dinge! Gleichzeitig mit der Führerwahl von Köln erhalten die Zentrumsarbeiter eine andere bittere Lektion, und der sie ihnen gibt, ist ihr Parteigenosse Klödner.

Peter Klödner, Zechenbesitzer und Stahlmagnat im südlichen Ruhrgebiet, gehört zu den mächtigsten Männern der westdeutschen Schwerindustrie. Er und sein Bruder Florian Klödner sind zugleich sehr einflußreiche Männer in der Zentrumsparlei. Seitdem Peter Klödner vor einem Jahre auf der Generalversammlung seines Konzerns die auch von den Zentrumsarbeitern mit schärfstem Protest beantwortete Forderung aufgestellt hatte, im Bergbau den Achtstundentag so lange zu beseitigen, bis nach einem Menschenalter die Reparationen abgezahlt seien, hatte er in der Öffentlichkeit sich mehr als seine Schwerindustriellen Kollegen zurückgehalten. Jetzt aber hat Peter Klödner auf der diesjährigen Generalversammlung seines Konzerns vor seinen Direktoren und Aktionären wieder eine Programmrede gehalten, die sich in ihrer sozialreaktionären Tendenz von den Reden des Herrn Reusch des schärfsten Vertreters der Schwerindustriellen Interessen kaum unterscheidet.

Herr Klödner bezeichnet als das „angestrebte Ziel der Rationalisierung“, die Dividenden der Aktionäre zu erhöhen. Dieses Ziel sei leider nicht erreicht worden, da lediglich zugunsten der Arbeiter und Angestellten rationalisiert worden sei. Die schweren Opfer der Arbeitnehmer in der Abbauperiode sind für Herrn Klödner nicht vorhanden. Auch existieren für ihn nicht die enormen Leistungssteigerungen seiner Belegschaften in der Glanzkonjunktur der letzten zwei Jahre.

Herr Klödner sehnt sich nach den Zeiten zurück, wo er seine Facharbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 50 Pfennigen abpeiste, er stellt von neuem die Forderung nach Wehrarbeit der Schwerarbeiter an der Ruhr auf. Das ist die „Volksgemeinschaft“, der „Ausgleich der Gegensätze“, wie er ihn auffaßt! Hier ist das wahre Wesen der Dinge, und die Zentrumsarbeiter erhalten eine Erklärung dafür, warum der Zentrumsparteitag seinen Arbeiterführer gewählt hat!

Unter dem neuen Führer wird die Wiedervereinigung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei rascher vor sich gehen als unter einem Arbeiterführer. Der Prälat Rags und der Prälat Leicht verstehen sich besser als der Prälat und der Arbeiterführer. Aber die Zentrumsarbeiter werden ein sicheres Gefühl dafür haben, daß die soziale Basis des Zentrums eine andere ist als die der Bayerischen Volkspartei! Die Tendenz, die beiden deutschen katholischen Parteien und die von dem Prälaten Seipel geführte österreichische Christlich-soziale Partei unter kirchlicher Führung weitgehend anzunähern, schließt die Tendenz zur Brüderlichkeit der mit Ungestüm in den Vordergrund drängenden sozialen Kräfte in sich. Die Zentrumsarbeiter fühlen deshalb recht gut, daß mit der Führerwahl von Köln eine ernste Entscheidung gegen sie gefallen ist.

## Zubiel Optimismus!

Eine Rede des Reichsjustizministers.

Der Reichsjustizminister Dr. Koch hat auf dem Festabend der Berliner Rechtsanwaltschaft eine Rede über die Notwendigkeit der Objektivität gehalten, die von sehr viel Optimismus getragen war, nicht nur gegenüber der Zukunft, sondern auch gegenüber der Gegenwart. Es war nur zu viel Optimismus. Herr Koch sagte unter anderem:

„Die Verfassung ist die Schwelle des evolutionären Fortschritts, der seitdem in Deutschland eingeleitet hat. Man denke nur an den Begriff des Eigentums, dessen Gebrauch nach der Bestimmung des Eigentums, dessen Bestehen soll. In der Tat findet sich heute kein Verständnis im Volke mehr für eine rücksichtslose Ausnutzung des Eigentums im selbstlichen Sinne. Die deutschen Wirtschaftsführer — das müssen auch ihre Gegner zugeben — verwalten das Eigentum nicht mehr als mittelbares Gut, sondern als einen ihnen von der Gesamtheit zum Wohle der Gesamtheit anvertrauten Besitz. Die Arbeiter arbeiten am Werte in dem Bewußtsein, nicht fremdes Eigentum zu schaffen, sondern die deutsche Volkswirtschaft zu stärken.“

Herr Koch irt sich im Bewußtsein der Unternehmer wie der Arbeiter. Er sieht die Dinge, wie er sie wünscht, nicht wie sie sind. Was es mit den deutschen Wirtschaftsführern auf sich hat, zeigt die Ruhrausperrung, und über die Gefühle der Arbeiter braucht nach dieser Ermahnung kein Wort weiter verloren zu werden.

## Die Stabilisierung des Zuckerpreises.

Regierungsentwurf im Reichsrat ohne Verschlechterungen angenommen.

In der Vollziehung des Reichsrats wurde die Regierungsvorlage zur Erhöhung des Zuckersolls und zur Stabilisierung des Zuckerpreises mit den vorgeesehenen Garantien gegen eine preismäßige Ausnutzung des erhöhten Zolles angenommen. Die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Verschlechterungen der Vorlage — wie berichtet darüber — fanden also keine Berücksichtigung.

Auch der Preis von 21 Mark, nach dessen Erreichen der Zoll automatisch von 25 auf 10 Proz. herabgesetzt wird, ist nach zu hoch. Um diesen Preis werden die Kämpfe im Reichstag gehen müssen.

Das Reichskabinett erledigte am Montag neben anderen laufenden Angelegenheiten den Entwurf eines Gesetzes über die Bergmannsleistungen, der nunmehr dem Reichsrat zugeleitet wird.

# Der Konflikt in Südamerika.

Eingreifen einer Schiedskonferenz.

Montevideo, 10. Dezember.

Die hiesige mexikanische Gesandtschaft hat eine Nachricht erhalten, derzufolge in dem Schirmhül an der Grenze Paraguays und Boliviens am 6. Dezember auf beiden Seiten zusammen 80 Soldaten gefallen sind.

Eingreifen der panamerikanischen Konferenz.

Washington, 10. Dezember.

Die panamerikanische Konferenz beschloß alsbald nach Erledigung der Eröffnungszeremonien die Einsetzung eines Komitees zur Beratung über die Schritte, die zur beschleunigten Beilegung der Differenzen zwischen Bolivien und Paraguay getan werden können. Der Beschluß erfolgte einstimmig unter ausdrücklicher Zustimmung der Delegationen Boliviens und Paraguays. Die Konferenz übertrug ebenfalls einstimmig Staatssekretär Kellogg die Ernennung und Einberufung des Komitees, das bereits am Nachmittag seine Beratungen begonnen hat.

Kriegspsychose schon ausgebrochen.

London, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie aus La Paz gemeldet wird, hat die Regierung von Paraguay sämtlichen amerikanischen Staaten, mit Einschluß der USA, erklärt, daß sie jeden denkbaren Versuch gemacht habe, um gemäß den Entschlüssen des panamerikanischen Kongresses einen Konflikt zu vermeiden, daß die Regierung von Bolivien diese Versuche jedoch mit dem Abbruch der Beziehungen beantwortet hätte.

Die Hauptstadt von Bolivien, Ujuncion, befindet sich nach den in London eingetroffenen Berichten im Banne einer wahren Kriegspsychose. Vor 40 000 Personen soll Präsident Siles erklärt haben, daß Bolivien bereit sei, wenn nötig, Krieg zu führen. Nach weiteren aufreizenden Reden bolivianischer Abgeordneten nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es heißt, die Bevölkerung von Bolivien stehe ohne Rücksicht auf Partei und Klasse hinter der Regierung, bei ihren Bestrebungen, die Souveränität des Landes zu verteidigen. „Wir fordern“, so fährt die Resolution wörtlich fort, „die Regierung auf, mit der größt-

möglichen Energie vorzugehen, bis Bolivien volle Wiedergutmachung für die Beleidigung erhalten hat, die unserer nationalen Ehre zugefügt worden ist.“

Die Vorgeschichte des blutigen Konflikts

reicht weit zurück. Seit etwa 50 Jahren besteht zwischen Bolivien und Paraguay eine Grenzdiffferenz wegen des nördlichen Teils des Chaco Boreal, ein unfruchtbares, wasserloses Gebiet östlich des Rio Pilcomayo, das von Paraguay beansprucht wird. Ueber diese Frage haben kürzlich Vertreter der beiden Regierungen in Buenos Aires verhandelt, sind jedoch nicht zu einem Abkommen gelangt, so daß der Zustand unverändert blieb. Die paraguayische Regierung lehnt die Verantwortung für den Zwischenfall ab.

Beide Staaten sind Völkerbundsmitglieder.

so daß es natürlich wäre, daß der Völkerbundrat mit diesem blutigen Konflikt befaßt würde. Doch ist es außerordentlich schwer, die komplizierten und weit zurückreichenden Differenzen der südamerikanischen Staaten von Europa aus in allen Einzelheiten zu überprüfen und zu beurteilen, weshalb vielleicht zunächst der Weg der Vermittlung durch Nachbarstaaten beschritten wird.

Bolivien hat den Völkerbund allerdings schon einmal, im Jahre 1920, in Anspruch genommen, indem es unter Anrufung des Artikels 19 des Völkerbundespatentes die Revision des Friedensvertrages zwischen Bolivien und Chile vom 20. Oktober 1904 forderte. Durch diesen Vertrag und verschiedene vorangehende hatte Bolivien seine Meeresküste, das Atacama-Gebiet, an Chile abgetreten und war dadurch zum Binnenstaat geworden. Es bezieht sich auf die Unhaltbarkeit dieser Verträge, weil dadurch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Fruchtbare seines Güterausstausches beeinträchtigt sei.

Der Appell führte jedoch bisher zu keinem weiteren Ergebnis.

abwohl sich damals einzelne europäische Staatsmänner mit dem bolivianischen Anspruch in wohlwollender Weise befaßt hatten.

Die Regierung von Paraguay identifiziert sich noch den jüngsten Nachrichten mit dem Handstreich eines ihrer Truppenkörper nicht.

## Hugenberg befiehlt.

Er hat die Verantwortung — die ändern die Schadenfreude

Hugenberg hat seine Leute in den Vorstand der Deutschnationalen Partei gebracht. Seine Gegner bleiben auf der Strecke. Herausgewählt wurden:

Der bisherige außenpolitische Sachverständige der Deutschnationalen, Professor Höplich, der Arbeitnehmervertreter Lambach, der Wirtschaftspolitiker Dr. Bejeune-Jung, der in dem Konflikt Lambachs für diesen Partei genommen hat, ebenso der bisherige „Politische Beauftragte“ Treppanus sowie der frühere deutschnationale Innenminister Dr. von Reudell.

Das Blatt des Grafen Westarp, die „Kreuz-Zeitung“, nimmt von der Diktatur Hugenberg Kenntnis, indem sie ihm seine Verantwortlichkeit vorrechnet:

„Den Vollmachten, die dem Parteivorstandigen damit in die Hände gegeben sind, entspricht naturgemäß die Verantwortung, die auf ihn lastet. Er hat für alles geradestehen, was unter seiner Führung politisch geschieht. Eine Verschlebung von Verantwortlichkeiten nach beliebiger demokratisch-parlamentarischer Methode ist nicht möglich, und wir hoffen, daß die Deutschnationale Partei auf dem nunmehr eingeschlagenen Wege die Ueberdemokratisierung und Ueberbürokratisierung, die sich auch bei ihr einzutreffen drohte, zu überwinden in der Lage ist.“

Aus dieser Mahnung an die Verantwortlichkeit spricht eine nur schlecht verhohlene Schadenfreude darüber, daß der große Mann im Schatten nun im Bilde der Öffentlichkeit mit voller Verantwortlichkeit „seinen Dreck alleine“ machen muß. Man spürt die Hoffnung auf den großen Verleger und denkt unwillkürlich an die Sage, die der „Bormarsch“, das Ehrhardt-Organ, Hugenberg ins Stammbuch geschrieben hat:

„Hugenberg, der bei der Umbildung der Deutschnationalen Volkspartei vorsichtig im Hintergrund zu bleiben gedachte, ist mit List und Bosheit in den Vordergrund gedrängt worden und macht nicht den Eindruck eines besonders erleuchteten und komplizierten Mannes. Wir sind sehr gespannt, auf welche Weise er seine Ziele unermittelt lassen wird!“

Die Westarp-Leute haben ihre Erfahrungen mit der Parteidiktatur nach dem Motto: Der Graf hat es befohlen, und sie denken an den Tag, an dem man den neuen Diktator durch Aufstehen von den Sigen ehren wird — nach der Abfegung.

## Das Recht in der Wirtschaftsdemokratie.

Diskussionsabend sozialdemokratischer Juristen.

Die lebhafteste Diskussion, die das Besitztum des Hamburger Gewerkschaftskongresses zur Wirtschaftsdemokratie der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgelöst hat, wurde von der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen auf einem Vortragsabend auf das rechtliche Gebiet ausgedehnt.

Ueber das Thema „Bewirkung der Wirtschaftsdemokratie im Recht“ sprach Genosse Rechtsanwalt Dr. Reumann, der nach einleitenden Ausführungen über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie und die im Ausbau des Arbeitsrechts liegenden Möglichkeiten zu dem Kernpunkt des Themas, einer Reform des Kartellrechts, überging. Das geltende Recht bietet im § 4 des Kartellgesetzes dem Reichswirtschaftsminister die Möglichkeit, Kartelle aufzulösen, bestimmte Kartellverträge zu untersagen und einzelnen Kartellmitgliedern die fristlose Kündigung zu gestatten.

Wie aber hat sich die Praxis der vom Reichswirtschaftsminister ausgeübten Kartellkontrolle abgespielt? In den fünf Jahren des Bestehens der Kartellverordnung sind vom Minister vier (!) Klagen beim Kartellgericht erhoben, und diese noch nicht einmal durchgeleitet worden, da die Kartelle ihrerseits sofort nachgaben. Nach Mitteilungen vom Reichswirtschaftsministerium soll vom Minister in etwa 4000 Fällen eingegriffen und durch die Drohung der Klageerhebung beim Kartellgericht der Widerstand beseitigt worden sein.

Da sich die bisher ausgeübte Kartellkontrolle absolut im Dunkeln abspielt, muß die erste Forderung auf rücksichtslose Publizität abgestellt sein. Die Kontrolle wäre dem Reichswirtschaftsministerium zu entziehen und einem selbständigen Reichsamt zu übertragen. Die Zusammenfassung dieses Reichsamtes wäre nach wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten so vorzunehmen, daß Arbeitnehmer und Unternehmer in gleicher Zahl und außerdem der Präsident und weitere Mitglieder vom Reichsarbeits- bzw. Reichswirtschaftsministerium gestellt werden. Die Beamten bleiben jedoch den Vertretern der Wirtschaft gegenüber in der Minderheit. Mit dem Reichswirtschaftsministerium wären einheitliche Richtlinien aufzustellen, auch würde dem Minister das Betrecht gegen die Beschlüsse des Reichsamtes verbleiben.

Die Tätigkeit dieses Reichsamtes würde nicht allein auf die bisherige Kartellkontrolle beschränkt bleiben, sondern es müßte durch Ersetzung einer systematischen Durchleuchtung der Wirtschaftsvorgänge, mit der Möglichkeit eidlicher Berechnungen vorgenommen werden. Zur Durchführung absolut Publizität ist die Errichtung eines Kartellregisters notwendig. Die Tätigkeit der Kartellgerichte müßte auf Prüfung der Zulässigkeit der durch das Reichsamt getroffenen Maßnahmen beschränkt werden müssen.

Der Redner zeigte ferner, welche Möglichkeiten in der Durchführung wirtschaftsdemokratischer Ideen bei dem Ausbau des Betriebsräterrechts, speziell bei der Bildung von einheitlichen Konzernbetriebsräten als entsprechendes Gegengewicht einer zusammengefaßten Konzernverwaltung, noch liegen.

Der Referent gab im ganzen genommen ausgezeichnetes Material für die Aufgaben, die auf rechtlichem Gebiet für die Arbeiterbewegung zur Bewirkung der Wirtschaftsdemokratie noch zu lösen sind.

## Wilhelm steuerfrei!

Ein holländischer Skandal.

Amsterdam, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Auf eine parlamentarische Anfrage der niederländischen Sozialdemokratie über die dem Kaiser im Laufe der letzten Jahre mehrfache gewährte Stundung von Steuern erklärte die Regierung, daß diese Stundung „wegen der unsicheren finanziellen Lage“ des Flüchtlings in Doorn gestattet worden sei. Die öffentliche Meinung der Niederlande betrachtet diese Maßnahme der Regierung als einen Skandal, sponal sich jetzt herausstellt, daß es sich nicht um Stundung, sondern um Befreiung von den verhältnismäßig hohen Steuern handelt.

Der hürgerliche „Telegraaf“ schreibt dazu, daß die niederländischen Steuerzahler sich nunmehr mit dem größten Interesse die Frage vorlegen können, seit wann Unsicherheit der finanziellen Lage Anspruch auf Befreiung von steuerlichen Benachteiligungen gewährt. Zehntausende Steuerzahler befinden sich in Unsicherheit wegen ihrer finanziellen Lage, würden aber auf die unheimlich herabgesetzte Weise wegen ihrer Steuerhuld verfolgt. Die Steuerbefreiung des Kaisers sei jedenfalls eine Beleidigung des Billigkeits- und Rechtsbewußtseins.

## Nationalistenwut über Borms' Triumpf

Auch gegen die Sozialdemokraten

Brüssel, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Endergebnis der Antwerpener Senatswahl ist: 76 661 Stimmen für Borms, 39 441 für den liberalen Kandidaten und 46 000 Enthaltungen. Einen solchen Triumph für Borms hatte niemand erwartet.

Das Ergebnis hat auf die gesamte nichtflämische bürgerliche Presse und die nationalistische Presse geradezu wiederholtend gewirkt. Sie speit Feuer und Flamme namentlich auf gegen die Sozialdemokratie, die dieses Ergebnis durch ihre Haltung „verleitet“ haben. Charakteristisch ist der folgende Kommentar der „Gazette“: „Am Antwerpener Wahlkreis (1) man 39 000 Belgier, 76 000 Boches (Walter von Borms) und 46 000 Feiglinge.“



# Die gekränkte Kirche.

Ein Nachwort zum Prozeß George Groß.

Jesus Christus, der Stifter der christlichen Kirche, ist mit seinen treuen Begnern nicht glimpflich verfahren. Wo er sich mit den Priestern und Schriftgelehrten des alten Glaubens auseinandersetzt, da ist von der Sanftmut und verzeihenden Milde seiner Reden nichts zu spüren. Man lese im 22. Kapitel des Matthäus-Evangeliums nach: „Ihr Heuchler, ihr Narren und Blinden, ihr Schlangensöhne, ihr Otterngezücht, ihr seid wie die übertünchten Gräber,“ so jagt es auf die Schriftgelehrten herab.

Andere Religionsstifter haben nicht weniger temperamentvoll gepredigt. Man lese die Kraftausdrücke nach, in denen Martin Luther gegen den Papst und gegen die katholische Kirche wettert. Doch je schonungsloser die Gründer, um so empfindlicher sind die Kirchen selber geworden. Sie haben sich unter die besondere Obhut des Staates begeben, ein eigener Paragraph des Strafgesetzbuches (§ 166) bedroht die Person mit Gefängnis bis zu drei Jahren, die öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Konfessionsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebäude beleidigt.

Auf Grund dieser Gesetzesbestimmung ist der Zeichner George Groß zu einer Gefängnisstrafe von 2000 R. für verurteilt worden. Was war sein Verbrechen? Er hat den durch nichts wegjudistrierenden, durch nichts zu übertünchenden Zwiespalt karikiert, der zwischen der christlichen Lehre der unbegrenzten Nächstenliebe und der kriegsbegeisterten Haltung der offiziellen Kirchen und ihrer berufenen Organe im Weltkrieg liegt. Er hat einem Getreuzigten die Gasmaske aufgesetzt als Symbol einer Christenheit, die gemeinschaftlich zu diesem Verbrechen bereit und deren Mitglieder sich gegenseitig durch Vergiftung der Luft ausrotten. Er hat die Kirchendiener verspottet, die für alles und jedes eine theologische Rechtfertigung zurechtbiegen, die in einem Atemzuge Sanftmut und Nächstenliebe predigen und den Krieg verteidigen. Dergleichen darf im heutigen Staat offenbar nicht gesagt werden, vor allem nicht in der handgreiflichsten, eindringlichsten und überzeugendsten Form, in Form der bildlichen Satire.

Die Kirche schreit, daß ihr ein Schimpf angetan sei. Ach nein, dem Schimpf haben ihr nur die Leute angetan, die Latzosen schwenken. Es gehört zu den unverrückbaren Lasten dieser vier Kriegsjahre, daß ein evangelischer Pastor von der Kanzel herab Gott für den Krieg gedankt hat! Es gehört zu den Lasten, daß Kanonen von Priesterhänden gesegnet wurden. Es gehört zu den Lasten, daß salbungsvolle Predigten den Ausgang des Krieges als „Gottesurteil“ priesen, solange Deutschland siegreich schien, daß aber die Verfasser dieser Predigten nach eingetretener Niederlage sich absolut nicht mehr erinnerten, sich dem „Gottesurteil“ unterworfen zu haben. Hier liegt der Schimpf, hier die Blasphemie, die niemand kühn empfinden sollte als der wirklich Gläubige, als der von wirklicher Gottesfurcht, der von wirklichem Religionsgefühl erfüllt. Die Satiren, die George Groß gezeichnet hat, sind herbe und bittere Ausbrüche eines künstlerischen Temperaments, aber das Gefühl, dem sie entspringen sind, enthält mehr als eines Christentum, als die beleidigten Eiferer und Zeiler zulassen können.

Für die Kirche hat die Sache einen fatalen Beigeschmack. Derartige Prozesse sehen danach aus, als solle mit der Porzophantastie jeglicher Versuch unterdrückt werden, die Kriegssünden der Kirche späteren Generationen lebendig zu erhalten. Nach trauriger Rolle, welche die staatliche Justiz hierbei spielt, eine Rolle freilich, die sie sich selbst durch eine sehr geistarme und begrenzte Gesetzesauslegung zugewiesen hat. Indem das Gericht in künstlerischer Satire die vom Gesetz erforderte „Beischimpfung“ erblickte, hat es sich selber jedes Geistesmaß abgesprungen, das stumpfe Phlegma überträgt, das tieferen Sinn und Bedeutung eines Kunstwerks erfährt. „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mehr! Kirche und Justiz gleichen genau dem Geist, den sie begreifen. Mit mangelndem Begriffsvermögen läßt sich nicht diskutieren, man kann es nur konstatieren.“

## Krieg und Christentum unvereinbar!

Dänische Pastoren denken anders als das Charlottenburger Schöffengericht.

Kopenhagen, 10. Dezember. (Eigenbericht.) Eine große Zahl Geistlicher der dänischen Staatskirche hat an die „dänischen Berufsgelehrten“ ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Unterzeichnung eines öffentlichen Aufrufs gegen den Krieg und für die Abrüstung aufgerufen wird. Darin heißt es, daß der Krieg mit dem Christentum unvereinbar sei. Man würde, so heißt die Aufforderung, es für eine Ehre ansehen, falls Dänemark als erstes der Länder die volle Abrüstung durchführt.

Das Rundschreiben ist u. a. unterzeichnet von den früheren Kirchenministern Dahl und Poulsen, die der Sozialdemokratischen bzw. der Radikalen Partei angehören.

Dem Folketing liegt ein Abrüstungsentwurf der Sozialdemokratischen Partei vor, die ständig eindringlich für ihn wirbt.

## Dienzeit.

Die Reusch-Gruppe und die Presse.

Wir erhalten folgende Berichtigung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes:

Der „Vorwärts“ bringt in Nr. 549, Morgenausgabe vom 7. November, einen Artikel „Die neue Wirtschaftspolitik“. Darin wird mit Bezug auf die G. m. b. H. „Dienst nationaler Tageszeitungen“ (Dienzeit) behauptet:

„Es ist ihr — der Reusch-Gruppe — gelungen, Einfluß auf die Dienzeit G. m. b. H. zu gewinnen. Dieser „Dienzeitkongress“ (Dienst nationaler Tageszeitungen G. m. b. H.) tritt nach außen als Nachrichtendienst von neuem der bedeutendsten rechtsstehenden Provinzialblätter auf.“

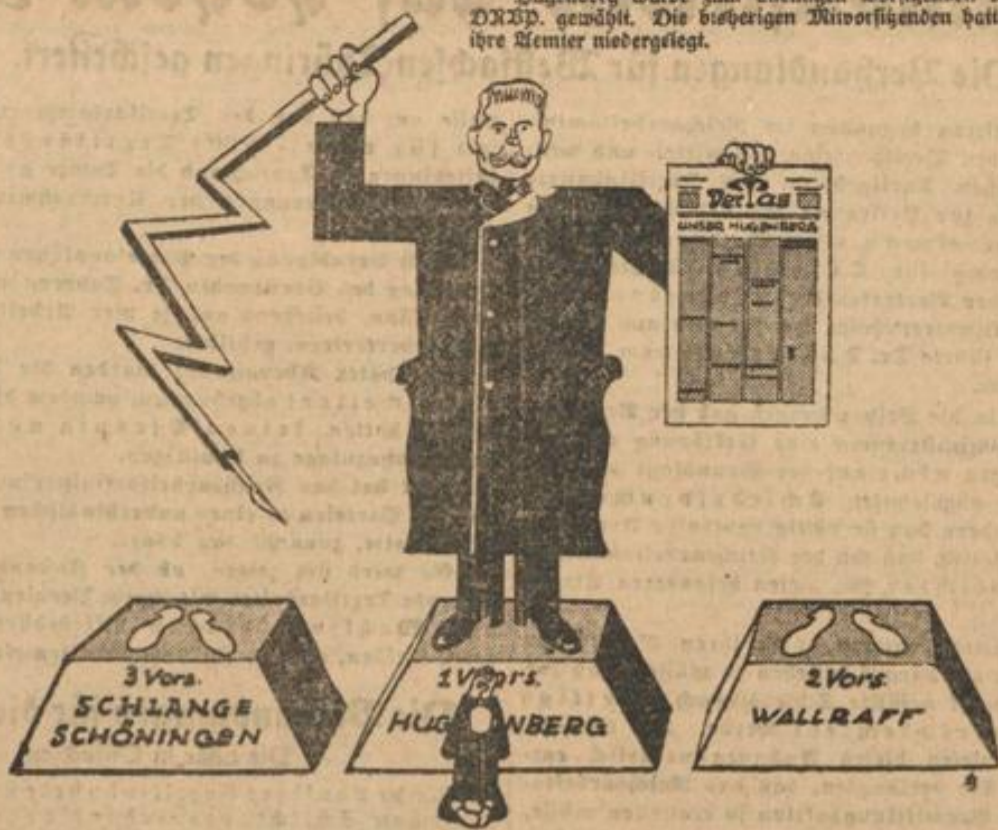
Diese Behauptung ist unzutreffend. Die Reusch-Gruppe hat ihnen irgendein gerichtetes Einfluß auf die G. m. b. H. „Dienst nationaler Tageszeitungen“ (Dienzeit) und hat auch niemals verstanden, Einfluß auf diese Gesellschaft zu gewinnen.

Die G. m. b. H. „Dienst nationaler Tageszeitungen“ (Dienzeit) tritt nicht außen als Nachrichtendienst auf, sondern ist tatsächlich ein Nachrichtendienst, der den angeschlossenen Zeitungen den eigenen Landesdienst zu liefern hat.

Das Befinden des Königs von England scheint nach dem gestrigen Bulletin noch immer äußerst ernst zu sein. Der Thronfolger hat Brindisi erreicht und ist im Express sofort weitergefahren. Der Zug wird in Lugano halten, um dem Fürst von Montenegro Gelegenheit zu geben, den Thronfolger über das Befinden des Königs zu unterrichten.

# Hugenbergs erstes Gebot.

Hugenberg wurde zum alleinigen Vorsitzenden der DDDP. gewählt. Die bisherigen Vorsitzenden hatten ihre Ämter niedergelegt.



„Du sollst nicht andere Vorsitzende haben neben mir!“

# Das Ende einer „Konstituante“.

Gelebt wie ein Hund, gestorben wie ein Gott.

Locarno, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Italien hat seit 4 1/2 Jahren eine Konstituante gehabt und die Welt hat es nicht gemerkt. Aber nicht nur die außeritalienische Welt hat sich blind gezeigt gegen die „große geschichtliche Tatsache“, die sie miterlebt hat: die konstituierende Versammlung selbst hat erst bei ihrem Tode erfahren, daß sie eine konstituierende Versammlung gewesen war. Sie hat gelebt wie ein Hund, aber ist gestorben wie ein Gott.

Es handelt sich um die italienische Kammer, die erste faschistische Kammer, die am 6. April 1924 gewählt wurde und am 8. Dezember dieses Jahres ihre letzte Sitzung abgehalten hat. Sie war nach dem System der Mehrheitsvertretung gewählt, das Mussolini ausdrücklich als ein im Interesse der faschistischen Partei eingeführtes System bezeichnet hat. Diefem Interesse hat sie gedient, „demütig“ unter dem Befehl des Duce, wie einer der Redner in der letzten Sitzung schon gesagt hat: sie hat's getan, ohne Schamgefühl, ohne etwas wie eigene Ehre und Würde, mit Bedienstungsgemut. Und es ist den Herren Abgeordneten auch ein gutes Trinkgeld versprochen worden. Mussolini hat ihnen versprochen, sie würden

fast alle wiedergewählt

werden, und die wenigen, denen das nicht passieren wird, die würden in den Senat kommen. Daß ein Ministerpräsident bei der Kammerauflösung ein derartiges Versprechen abgeben kann, daraus sieht man eben — eigentlich nur daraus —, daß die alte Kammer eine „Konstituante“ war. Denn sie selbst war aus einer Abstimmung im Zeichen allgemeinen Wahlrechts hervorgegangen: freilich hatte der faschistische Knüttel diesem Wahlrecht damals die Wege gewiesen, freilich hat man in vielen Urnen mehr faschistische Wahlzettel gefunden als Wahlberechtigte im Kreise waren. Aber im April 1924 hätte noch kein Minister sich seine Abgeordneten offiziell aussuchen und den Ausgesuchten ihre Wiederwahl versprechen können. Das ist erst eine Frucht der „faschistischen Revolution“ und eine Versammlung, die das zustande gebracht hat, ist es auch demütig und auf Befehl, die ist eben eine Konstituante. Denn die neue Kammer, in der wir dieselben Bedienten wiederfinden sollen, wird von den Mitgliedern der faschistischen Syndikate gewählt, auf Grund einer Liste, die die Funktionärversammlung der faschistischen Partei, der sogenannte „Hohe Rat“ aufstellen wird. Für diese Listen können wieder die faschistischen Syndikate und einige andere noch nicht festgelegte Organisationen unzerbindliche Vorschläge machen. Die sogenannte Wahlhandlung ist für den Text der neuen Kammer etwa ebenso bestimmend wie der Streuland für ein Schriftstück. Man kann Mussolini aufs Wort glauben, wenn er sagt, daß die „Wahlen des Jahres VII nichts gemein haben werden mit den Wahlen anderer Zeiten und anderer Länder“.

Daß die letzten Lebensaugenblicke der Kammer göttlich waren, haben wir schon angedeutet. Fast alle, sogar die Journalisten, waren in ihrer Pioree, im schwarzen Hemde, erschienen. Faschistenmärsche wurden gesungen, Aloia gerufen, Mussolini bekam Blumen, Worte wie „zyklopisch“, „mehr als Epoche“ flogen nur so herum, Gott wurde bemüht, Christus fand Verwendung als Pendant zu Mussolini — kurz, es war zyklopisch und macht mehr als Epoche.

Nun aber nach ein paar Worte über das hündische Leben dieser so göttlich sterbenden Kammer. Es ist dieselbe Kammer, für deren Mehrheit die Annulierung der Wahl gegen Gewalttat und Betrug von Giacomo Matteotti beantragt wurde, dieselbe Kammer, in die, nach dem Matteotti ermordet worden war, der

Republikaner Chiesa das Wort hineinschleuderte, „die Regierung schweigt, die Regierung ist mitschuldig“. Aus dieser Kammer hat sich der sogenannte Aventin gebildet, die Sezession der Antifaschisten nach der Ermordung unseres Genossen und dieselben Herren, denen jetzt Mussolini ihre Stellung zu erhalten versprochen, haben im November 1926 allen Abgeordneten der Sezession das Mandat entzogen. Dieselbe Kammer hat es geduldet, daß die kommunistischen Abgeordneten bei offener Session ohne die Genehmigung, die das Gesetz vorschreibt, verhaftet wurden. Aber sie hat ihre Genehmigung ausdrücklich verweigert, als die Staatsanwaltschaft gegen den Abgeordneten Barbicelli als den Beauftragten eines Mordes vorgehen wollte, sie hat auch den heutigen Unterstaatssekretär für Luftschifffahrt, Bolbo, der beschuldigt war, der Initiator der Mörder des Priesters Minzane zu sein, durch Verweigerung der Genehmigung vor den Folgen seines Verbrechens geschützt.

Sie hat auch Befehle gegeben, massenhaft die verächtlichsten Ausbreiter, die die Pressefreiheit aufheben, sollen in die jetzt beendete Legislaturperiode, ebenso das Gesetz über die obligatorische syndikale Organisation, die die Rechtsfähigkeit der faschistischen Syndikate, das

Verbot des Streiks.

das Gesetz vom November 1926, das die Todesstrafe für politische Verbrechen einführt und ein aus Mitgliedern der faschistischen Mützig gebildetes Spezialgericht einsetzt, das jeden Verleibiger beanstanden kann und jede Rechtsgarantie für den Antragsanten aufhebt. Außerdem hat diese Kammer dasselbe herrliche „Wohlgehohe“ angenommen, das dem Ministerpräsidenten erlaubt, im Voraus die Abgeordneten ihrer Wiederkehr zu versichern; weiter das Gesetz über den hohen Rat, durch das ein Parteigänger die sogenannte Volksvertretung ernannt. Die jetzt entlassene Kammer hat, um es kurz zu sagen, den „ganzen zyklischen Bau“ des Faschismus durch Abstimmungen aufgeführt, die ganze Verfassungsreform, die im Grunde

aus einem parlamentarischen Staate eine absolute Monarchie gemacht

hat. Um eine Vorstellung von ihrer Abstimmungsfruchtbarkeit zu geben, sei gesagt, daß sie in den letzten 13 Tagen ihres Wirkens 266 Gesetzesentwürfe angenommen hat, über 20 am Tage. Im ganzen hat sie in den 4 1/2 Jahren 245 Sitzungen abgehalten mit einer Durchschnittsproduktion, die sicher 20 Gesetze pro Sitzung weit übertrifft. Diskutiert hat sie nicht, aber dazu war sie ja auch nicht da. „Es gibt Stunden in der Geschichte der Völker“ — hat der faschistische Generalsekretär Turati gesagt —, „in denen man schweigen und handeln muß.“ Und dieses Handeln bestand im Abstimmen, im Türmen eines zyklischen Baues — aus Papier.

## Amanullahs Ultimatum.

Berhaftungen in Kabul.

Konstantinopel, 10. Dezember.

Wie aus Kabul gemeldet wird, haben die Aufständischen 500 Tote und Verwundete. In Beantwortung des Ultimatum, sich zu ergeben, verlangen die Aufständischen den Abschluß eines Waffenstillstandes auf 72 Stunden, um Gelegenheit zu haben, sich mit den anderen Stämmen in Verbindung zu setzen. Die Regierung hat das Waffenstillstandsangebot abgelehnt und erklärt, daß, wenn in den nächsten 48 Stunden keine Antwort erfolge, wieder von der Waffe Gebrauch gemacht werde. Die politische Polizei hat in Kabul bei der Suche nach Anhängern der Aufständischen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Der Provinzialausschuß der Provinz Niederhessen tagt am Dienstag zum erstenmal in der Stadt Baldenburg, inmitten des schlesischen Reichslandes. Diese Absicht war von dem Mitglied des Provinzialausschusses, dem sozialdemokratischen Bürgermeister Burmann, seit langem verstanden worden. Sie konnte aber erst jetzt mit Unterstützung des sozialdemokratischen Provinzialpräsidenten Lüdke gegen den Widerstand

## 1914—1920.

„November in Oesterreich“ im Renaissance-Theater.

John Bieder aus den Kriegsjahren. Das Grauen einer Zeit, die wir allzu schnell vergessen haben, steigt wieder auf. Da dem ein wenig zerfallenen Stück zeigt sich der Verfasser, der begabte Schauspieler Richard Duschinsky, auch als ein begabter Dichter von tiefem Empfinden. Der herrliche Beifall ruft ihn und die Hauptdarsteller vor allem Elisabeth



# Textilindustrielle auf hohem Ross.

## Die Verhandlungen für Westfalen-Thüringen gescheitert.

Gestern vormittag begannen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Tarifparteien des mittel- und westfälisch-thüringischen Tarifgebietes der Textilindustrie die Besprechungen zur Beilegung des Lohnstreites. An den Besprechungen nahmen u. a. der Syndikus des Textilarbeitgeberverbandes für Ostfalen, Rechtsanwalt Israel, sowie der Vertreter der Zentralorganisation der Textilunternehmer Dr. Klauke aus Berlin teil. Den Vorsitz führte Dr. Dobbertin vom Reichsarbeitsministerium.

Vor Eintritt in die Besprechungen gab der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums eine Erklärung ab, daß diese Besprechungen nicht auf der Grundlage des von beiden Parteien abgelehnten Schiedspruches geföhrt werden, sondern daß sie völlig neutraler Art seien. Es sei nicht unmöglich, daß ihn der Reichsarbeitsminister zum Sonderlichter für diesen besonderen Streitfall ernenne.

Die Unternehmer deuteten durch ihren Vorföhrer Dr. Veilmann an, darauf bestehen zu müssen, daß der vom Schlichter Sand gefällte Schiedspruch beseitigt bzw. wesentlich verschlechtert werde. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen dieses Ansinnen natürlich entschieden zurück. Sie verlangten, daß das Reichsarbeitsministerium eine Vermittlungsaktion so einstellen müsse, daß dabei eine wesentliche Über den Schiedspruch hinausgehende Lohnhebung für alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen herauskomme.

Gleichzeitig wurde der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums darauf hingewiesen, daß es sich trotz Bestehens der Unternehmer bei den Lohnbewegungen in der gesamten deutschen Textilindustrie um eine Generaloffensive der Textilindustriellen handele. Die Organisationsvertreter führten zum Be-

weise an, daß von den Textilarbeitgeberverbänden bisher für etwa 700 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen in Deutschland die Tarife gekündigt sind und alle Forderungen der Unternehmer den gleichen Tenor haben.

Nach Beendigung der Partheiaufführungen wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Dr. Dobbertin eine Arbeitskommission, bestehend aus je vier Arbeiter- und Unternehmervertretern, gebildet.

In späterer Abendstunde wurden die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen, nachdem die Unternehmer erklärt hatten, keinen Pfennig und kein Prozent Lohnzulage zu bewilligen.

Jetzt hat das Reichsarbeitsministerium, das von sich aus die Parteien zu einer unverbindlichen Aussprache geladen hatte, zunächst das Wort.

Es wird sich zeigen, ob der Zustand, daß voll arbeitende Textilarbeiter mit ihrem Verdienst noch unter den Wohlfahrtsfällen hilfbedürftiger Arbeitloser bleiben, auch in Zukunft erhalten werden soll.

## Die Verhandlungen für die Lausitz.

### Die Lage in Ostfalen.

Für die Lausitzer Textilindustrie sind auf Antrag der Unternehmer Schlichtungsverhandlungen auf den kommenden Freitag in Cottbus angesetzt. Die Schlichtungskammer selbst (Vorsitzender und Beisitzer) wird voraussichtlich am Mittwoch, dem 19., zusammentreten. Der Schlichter hatte Verhandlungen abgelehnt. Daraus haben die Unternehmer sich an den Schlichtungsausschuß gemandt.

Die Stellungnahme der Textilarbeiter zum Schiedspruch für Ostfalen wird am kommenden Mittwoch stattfinden. Der Spruch wird aller Wahrscheinlichkeit nach abgelehnt werden; denn er bringt für die Arbeiter noch weniger als der Schiedspruch für Westfalen.

## Die Metallarbeiter und der „Vorwärts“.

### Ederl Nachfolger Ziskas.

Die gestrige Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter in den Sophienböden wurde eingeleitet durch einige „oppositionelle“ humoristische Vorträge. Nachdem die Generalversammlung den Beschluß der engeren Ortsverwaltung, aus Mitteln der Postkasse den kämpfenden Beschäftigten 25 000 M. zu überweisen, einstimmig gebilligt hatte, folgte die Erledigung der üblichen kommunikativen Dringlichkeitsanträge.

Die Kommunisten verlangten u. a. die Beantwortung der Frage, ob die Ortsverwaltung davon Kenntnis hatte, daß der „Metallarbeiter-Zeitung“ Werbeblätter für den „Vorwärts“ beigelegt worden sind, welche Kosten der Ortsverwaltung dadurch entstanden seien und ob die Ortsverwaltung auch der „Roten Fahne“ das gleiche Recht einräumen würde.

Unter stürmischer Zustimmung der Mehrheit der Generalversammlung erklärte Genosse Ulrich, daß die Ortsverwaltung von der Verbreitung dieser Flugblätter Kenntnis hatte, daß sie dies nicht gekostet, sondern ihr noch etwas eingebracht hätte und daß sie auch bereit sei, der „Roten Fahne“ das gleiche Recht einzuräumen, wenn sie die Beschimpfung der Ortsverwaltung und des Hauptvorstandes einstellen würde.

Dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht für das dritte Quartal, der von dem Genossen Schmidt kurz erläutert wurde, ist zu entnehmen, daß sich der Kassenbestand der Ortsverwaltung im Laufe des dritten Quartals von 897 176 M. auf 1 056 082 M. gehoben hat. Am 1. Oktober zählte die Berliner Organisation 77 499 Mitglieder. Die „Opposition“ wußte zu dem Kassenbericht weiter nichts zu sagen, als daß die Gehälter der Angestellten im Verhältnis zu den Ausgaben für Unterhaltungswecke zu hoch seien. Unter allgemeiner Heiterkeit gab Genosse Ulrich bekannt, daß die kommunistische Ortsverwaltung in Stuttgart, deren Delegierte auf dem letzten Verbandstag gegen die Erhöhung der Angestelltengehälter gestimmt hätten, nach dem Verbandstag sich selbst noch höhere Gehälter bewilligt habe, als sie für die Berliner Ortsangestellten dort festgelegt worden sind. Der Hauptvorstand mußte diesen „Revolutionären“ erst klarmachen, daß sie im Verbands keine Sonderrechte haben.

Die tuzumäßig auscheidenden Mitglieder der engeren Ortsverwaltung, Genossen Ulrich, Tzoply, Holz, Müller, Tschmann und Stubella, gegen die die sogenannte Opposition ihre eigenen Leute aufstellte, wurden mit erdrückender Mehrheit wieder gewählt.

Die Versammlung schritt dann zur Erloshwahl für den Bevollmächtigten, Genossen Ziska, der Direktor des Arbeitsamtes Nordost geworden ist. Die engere und mittlere Ortsverwaltung hatte den Genossen Paul Eckert, den Branchenleiter der Rohstoffe, Niederkerchner, auf den Schild gehoben worden. Genosse Ulrich stellte an diesen Kandidaten die Frage, ob er alle die gemachten Beschimpfungen deute, mit denen die Gewerkschaftsföhrer in den Aufschriften der sogenannten „Kampfleitungen“ während des Ruhrkampfes bedacht worden sind. Niederkerchner war durch diese Fragestellung sehr in die Enge getrieben worden und führte einen wahren Ciertanz auf. Die Abstimmung ergab mit

erdrückender Mehrheit die Wahl des Genossen Eckert zum Bevollmächtigten. Die Delegierten der Amsterdamer Richtung hatten geschlossen für diesen Kandidaten gestimmt. Die Versammlung erlediigte dann noch einige Anträge.

## Röckners Rechenkniffstücke.

### Nur Mehrarbeit kann ihn retten.

Herr Peter Röckner, einer der Aussperret im Ruhrgebiet, hat am Sonnabend in Duisburg in der Generalversammlung der Röckner-Becke A.G. eine Rede gegen das Schlichtungswesen und die hohen Löhne vom Stapel gelassen. Er hat durch Anführung von Zahlen sich um den Nachweis bemüht, daß sowohl in der Eisenindustrie wie im Bergbau infolge der Schiedsprüche der letzten Jahre die Unternehmer Geld zulegen müssen. Die Schwerindustriellen sind demnach also nicht nur „Arbeitgeber“, sondern auch Geldgeber.

Was ist nun die Schlussfolgerung, die Röckner aus dieser großartigen Entdeckung zieht, daß die Unternehmer bei der Arbeit Geld zulegen? Wir zitieren wörtlich noch der D.Z.: „Daher sind weitere Fortschritte nur durch Mehrarbeit zu erreichen.“ Also: Je mehr gearbeitet wird, desto mehr legt Röckner Geld zu. „Daher“ muß noch mehr gearbeitet werden, und zwar „Mehrarbeit“, die bekanntlich über die Tariflöhne hinaus mit einem Zuschlag bezahlt werden muß.

Peter Röckner ist für seine ins Komische sich überschlagenden Beweisführung bekannt. Diesmal hat er zweifellos den Vogel abgegriffen. Warum das Geschrei? Severing wird demnach seinen Schiedspruch fällen. Und da wollte Röckner noch rechtzeitig Severing „beeindrucken“. Etwas weniger die hätte Röckner schon auftragen müssen.

## Die Arbeitslosigkeit steigt.

### Die Zahl der Rotstandsarbeiter geht aber zurück.

Die Zahl der Rotstandsarbeiter ist angesichts der steigenden Arbeitslosenziffern sehr gering. Sie betrug am 15. November rund 49 000. Davon entfielen etwa 41 800 auf die Arbeitslosenversicherung und 7800 auf die Aristenfürsorge. Der Anteil der Aristenfürsorge ist prozentual größer als der der Versicherung. Die Zahl der Rotstandsarbeiter fiel ständig schon seit Juli. Die starke Käufe während der letzten Wochen hat zur Einstellung einer ganzen Reihe von Rotstandsarbeitern gezwungen. Das ist um so bedauerlicher, als für die Durchführung der Arbeiten Geld genug vorhanden ist.

## Lohnverhandlungen bei der Reichspost.

Die Verhandlungen wegen Neuabschluß des gekündigten Lohn tariffs gehen am Freitag, dem 14. Dezember, im Reichspostministerium vor sich. Bei der günstigen finanziellen Lage der Reichspost — sie hat in diesem Jahr mindestens einen Überschuß von 230 000 000 M. erzielt — darf erwartet werden, daß den berechtigten Forderungen der Lohnempfänger auf Erhöhung ihrer unzureichenden Bezüge Rechnung getragen wird.

## „Wertstudienten an der Arbeit.“

Unter dieser Überschrift brachte die „Rote Fahne“ am 4. Dezember eine Notiz, die sich ganz allgemein gegen die Beschäftigung von Wertstudienten wendet. Zwar wird nicht angegeben, daß die Wertstudienten in dem angeführten Falle etwa unter Tarif arbeiten oder sonstige unter Umständen beschäftigt werden, gegen die sich die Arbeiterschaft wenden müßte. Das einzige, was dagegen angeführt wird, ist die Befürchtung, daß die Wertstudienten die in der Werkarbeit erworbenen Kenntnisse später einmal in der „Leno“ zum Schaden der Arbeiter verwenden könnten. Als ob die Technische Rothilfe bei ihren bisherigen arbeiterschädlichen Aktionen irgend welchen Wert auf das Kennntnis ihrer Mitglieder gelegt hätte!

Vor allem steht doch die Tatsache fest, daß die Studentische Wirtschaftshilfe, von der aus der Wertstudententendenz organisiert wird, entscheidendes Gewicht darauf legt, mit den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Unternehmer im engsten Einvernehmen zu arbeiten — gerade zu dem Zweck, Reibungen, wie sie die „Rote Fahne“ lediglich als möglich hinstellt, zu vermeiden. Außerdem steht die Studentische Wirtschaftshilfe mit der „Leno“ in feinerlei Verbindung.

Was kommt aber praktisch bei einer solchen Stellung, wie sie die „Rote Fahne“ einnimmt, heraus? Doch nichts anderes, als daß den vielen armen Teufeln unter der Studentenschaft, die in der Wahl ihrer Eltern nicht vorzüglich genug gewiesen sind und daher nicht auf Kosten von Vaters Geld studieren können, es unmöglich gemacht würde, überhaupt die Hochschulen zu besuchen. Das Hochschulstudium bliebe dann ausschließlich ein Privileg der Sprohlinge der reichen Bourgeoisie.

Vielleicht fragt die „Rote Fahne“ einmal bei den kommunistischen Studenten an, die ja doch — zum Teil wenigstens — auch solche arme Teufel sind, wie diese über die Frage des Wertstudententums denken. Sie würden der „Roten Fahne“ klarmachen, daß ohne studentische Werkarbeit ein sehr großer Teil der Studentenschaft kein Studium ohne weiteres ausgeben und damit das Heer der Arbeitslosen unmittelbar vergrößern müßte. Noch im Jahre 1927 gab es an den deutschen Hochschulen rund 60 000 Wertstudienten. Die „Rote Fahne“ scheint anzunehmen, daß diese Zehntausende nur zum Vergnügen Werkarbeit verrichten.

## Nach der Post die Eisenbahner.

### Die Eisenbahner fordern gleiche Zulagen.

#### Wien, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

In allen Betrieben der Post- und Telegraphenanstalten ist am Montag die Arbeit wieder vollständig aufgenommen worden.

Die Erbitterung unter den Angestellten der Bundesbahnen nimmt inzwischen zu, weil die Regierung ihnen nicht auch Zugeständnisse gemacht hat. Falls die Regierung sich weiterhin weigern sollte, den Bahnbeamten die gleichen Zugeständnisse zu machen wie den Post- und Telegraphenangestellten, werden auch sie mit den schärfsten Mitteln ihre Forderung durchzusetzen versuchen.

## Die Flinte schießt ...

### Wie Lohndifferenzen in Columbien beigelegt werden.

Aus Bogota wird gemeldet, daß die Streikenden in der Gegend von Santa Marta zwei Bahnhöfe einäscherten. Der Gouverneur der Provinz Magdalena hat demissioniert. In der Nähe von Sevilla kam es zu einem Geleht zwischen 200 Mann Bundestruppen und 200 Streikenden. 15 Streikende wurden getötet und eine größere Anzahl verwundet.

Für den Völkerring wäre es eine dankbare Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Lohnkämpfe auch in kulturell rückständigen Ländern auf menschlichere Weise ausgegetragen werden. Sobald Militär gegen Streikende losgelassen wird, kommt es sicher zu den „besürchtem“ Unruhen, die dann „unterdrückt“ werden.

## Verbindlichkeitsklärung im Bergischen Bezirk.

Der Schlichter für den Bezirk Westfalen in Dortmund hat in dem Tarifstreit zwischen den Angestelltenorganisationen und dem Arbeitgeberverband im Bergischen Industriebezirk den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses in Barmen vom 25. September unter dem 8. Dezember für verbindlich erklärt. Bei dieser Verbindlichkeitsklärung handelt es sich um ein Mantelabkommen. Der Gehaltsstufentarif war von den Unternehmern zum 31. Dezember gekündigt worden.

SPD-Metallarbeiter des 15. Bezirks! Heute Dienstag, 17. Ubr. Ortsversammlung im Volkshaus, Rühlensberg-Str. 13, Rathaus-Kolonnade 144. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert.  
Der Fraktionsvorsitzende:  
SPD-Metallarbeiter des 20. Bezirks. Donnerstag, 17. Ubr. bei Senke, Solanstr. 147. Ortsversammlung aller SPD-Metallarbeiter der Reichs Eisen, Röhrenbau, Maschinenbau- und Schmiedhandwerker-Organisationen aller Genossen ist Pflicht, Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren.  
Der Fraktionsvorsitzende:

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Dienstag, 19. Ubr. gegen die Gruppen: Humboldt; Jugendheim Groun-Ede Vorparkstraße. Werberordnung, Musik — Verhandlungen — Anträge, Nichtübertragung: Die J. G. J. in Wort und Bild. Eintritt frei. — Frankfurter Allee: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Saalberg: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Spandau: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Schilder: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Berlin: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Pankow: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anstellten  
Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Rothweil; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14-19, Pankow. — Volkshaus; Volkshaus Wilmersberg-Str. 13, Rühlensberg-Str. 13, Rühlensberg-Str. 13. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Pankow: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Pankow: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen. — Pankow: Stadt; Jugendheim Wilmersdorfer Str. 14. Nummer 2. Vortrag: Der Hamburger Gewerkschaftskongreß und seine Verhandlungen.



**MAGGI**

Praktisches Weihnachtsgeschenk:  
MAGGI Würze, MAGGI Suppen in Würfeln, MAGGI Fleischbrühwürfel.



Ein lebendig Begrabener.

18 Jahre in einem Kerker in Valagonien.

Am 14. Dezember werden es achtzehn Jahre, seitdem Simon Radowitsky im Kerker in Uhuania (Fruerland) wegen eines im Jahre 1909 verübten Mordes gefangen gehalten wird...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Veranstaltungen für die Rubrik sind stets an des Sekretariats...

Boranzige.

Am Dienstag, dem 18. Dezember, 19 1/2 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, eine allgemeine Funktionärsversammlung statt...

- 1. Kreis Wedding, Freitag, 14. Dezember, 19 1/2 Uhr, im kleinen Konzertsaal, Müllerstr. 142...

heute, Dienstag, 11. Dezember:

- 10. 19 1/2 Uhr wichtige Funktionärsversammlung bei Volk, Endener Str., Ecke Bürgerstr.

Mitgliederversammlungen und Zahlabende.

Morgen, Mittwoch, 12. Dezember:

- 1. 19 1/2 Uhr im 'Siedlichen Hof', Rosenhofer Str. 40/41, Vortrag: 'Die politische Lage'...

- 12. 19 1/2 Uhr bei Kahlhahn, Bismarckstr. 22, Vortrag: 'Wirtschafts-demokratie'...

- 33. 19 1/2 Uhr in der Schulaula, Bodenlocherstr. 10, Vortrag: 'Die Unternehmungen der Stadt Berlin'...

Funkwinkel.

Die Sonntag-Abendunterhaltung war konzentrierter als sonst. Dabei soll festgestellt sein, daß Rudolf Nelsons und Walter Josephs Spiel an zwei Klavieren eine angenehme Ausnahme von der peinlichen Regel war...

Der 170. Geburtstag des Gorbeldkomponisten Karl Friedrich Zelter war am Montag nachmittags Anlaß für eine angenehme musikalische Stunde...

- Spanien, 20 Uhr im Lokal König, Bismarckstr. 22, Vortrag: 'Der Kampf um den Staat'...

Rote Hände oder brennend rotes Gesicht wirken unheimlich. Ein wirksames Mittel dagegen ist die lächelnde, reingelbernde und schmerz-weiße Creme Leodor...

BEWAG - Stromschecks. Mit einem elektrischen Kochgerät oder einer elektrischen Brat- und Backröhre als Weihnachtsgeschenk werden Sie überall vollen Beifall finden...







## Nummer 63.

Zuchthauserzählung von Felix Fechenbach.

Die schweren Eisenriegel an der Zelle 63 werden frohend zurückgeschoben, die Tür nach innen aufgestoßen.

„Haarschneiden!“ schnarrt die verrostete Stimme eines schauz-bärtigen Oberwachmeisters, und im nächsten Augenblick schorcht der Kalfakter in die Zelle hinein.

Er ist klein und schwächlich; sein Gesicht hat pergamentene Zucht-haustarbe. Die Augen liegen tief in den Höhlen. Ehe er für sieben Jahre hinter Mauern und Gitter kam, rasierte er als Friseur elegante Herren, schnitt ihnen die Haare und manüvierte sie. Vier Jahre von seinem „Knostr“ hat er nun schon hinter sich. Seit kurzem ist er Kalfakter, besorgt allerlei Reinigungsarbeiten, Essenzogen, Hilfsdienste für die Zuchthausbeamten. Und weil er Friseur von Beruf ist, muß er jeden Monat einmal den Gefangenen im Zellenbau die Haare schneiden. Dabei kommt er in alle Zellen und ver-fährt deshalb zugleich für die Gefangenen den Dienst eines illegalen Nachrichtenübermittlers von Zelle zu Zelle. Dafür bekommt er da und dort ein Stück Bienen oder etwas Schnupftabak. Diese Dinge stehen hoch im Kurs im grauen Haus mit den vergitterten Fenstern.

Der Gefangene in Zelle 63 legt sich auf seinem Schemel zurecht und legt sich ein Handtuch um den Nacken. Während ihm der Kal-fakter mit der rechten Hand die Haarschneidemaschine über den Kopf laufen läßt, steckt er ihm mit der linken einen ganz klein zusammen-gefolieteten Zettel zu, ohne daß der vor der Zellenür wartende Be-amte etwas merkt. Im Kalfaktierleben ist der Kalfakter Meister.

Das Haarschneiden ist beendet. In der Zelle lastet drückende Einsamkeit, nachdem die Tür wieder verriegelt und verschlossen ist. Oberwachmeister und Kalfakter gehen zur nächsten Zelle, und von nebenan klingt's schnarrend herüber:

„Haarschneiden!“

Jetzt muß der Beamte drüben aufpassen, hat also keine Zeit, durch den Spion in Zelle 63 zu schauen. Schnell den Kalfakter heraus und gelesen:

„Du bekommst jeden Tag die Zeitung. Ich bin ein Politischer, will wissen, was draußen vorgeht. Teile mir Wichtiges aus der Zeitung durch Zeichensprache im Hof mit. Alphabet: Auge, Bart, Zähne Daumen Ellbogen, Finger, Genid, Haar, Jade, Kinn, Lippe, Mund, Nase, Ohr, Puls, Rücken, Stirn, Taschentuch, Uhrtafel, Wang, Wange, Zähne. (C Vorderzähne, 3 Backenzähne). Bin auf Zelle 48 und gehe im Hof fünfzehn Mann hinter dir.“

Fig die Schiefertafel her und das Alphabet abgeschrieben. Dann muß der Kalfakter vernichtet werden. Wenn man ihn findet, gibt's Häftigerrest bei Wasser und Brot.

Nummer 63 hat ein bewährtes Verfahren für die restlose Ver-nichtung seiner Ralfakter. Das Papier wird im Wasserkrug aufge-weicht und dann zwischen beiden Händen solange zerrieben, bis es sich in unzählige kleine Krümchen aufgelöst hat. Die wirft er in den unvermeidlichen Kübel, der in jeder Zelle steht, und kein Wacht-meister des Zuchthauses kann beim Entleeren des Kübels, auch bei schärfster Kontrolle, etwas Verdächtiges entdecken.

Nummer 63 ist lebenslanger Zuchthausgefangener, und in den fünfundsiebzig Jahren, die er schon hinter Gittern verbringt, hat er diese Methode als die sicherste erlangt. Er merkt sie auch jetzt an. Dann legt er sich wieder an seinen Arbeitstisch und klebt Lüten, wie er es seit Jahren in geisttötender Langeweile tut. Während der Arbeit prägt er sich das Alphabet für die Zeichensprache ein. Es geht bald und wird dann gleich von der Schiefertafel fortgewischt.

Am Nachmittag ist Freizeit. Da werden die Gefangenen in den Hof geführt. Jeden Tag eine Stunde. Sie gehen im Kreis hinter-sinander mit drei Schritten Abstand.

Nummer 63 zählt fünfzehn Mann hinter sich. Dann hat er seinen Partner von Zelle 48 gefunden. Ein verstehender Blick wird getauscht und Nummer 48 gibt Zeichen:

Er saßt mit der rechten Hand die Finger der linken, wischt sich dann ein Auge aus, pupst sich an der Nase und fährt sich mit der Hand ins Genid, als jucke ihn dort etwas. Noch zwei Zeichen kommen nach einer kleinen Pause: Augenwischen und Berühren der Nase. Nummer, wenn die beiden sich beim Rundgang gegenüber sind, werden zwei Zeichen gegeben. Nicht mehr, damit die Sache den Aufsichts-beamten nicht auffällt.

Nummer 63 hat angestrengt beobachtet und buchstabiert: Finger — F, Auge — A, Nase — N, Genid — G. Pause, überlegt er, bedeutet wohl Wortschluß. Weiter: Auge — A, Nase — N. Ein freudiges Lächeln zeigt, daß er verstanden hat: „Fang an!“

Er telegraphiert in den vereinbarten Zeichen zurück: Greift sich an den Mund, fährt mit dem kleinen Finger ins Ohr, kratzt sich auf dem Rücken, reibt sich im Genid, juckt sich am Ellbogen und wischt sich die Nase. Nummer 48 nickt befriedigt; er hat richtig dechiffriert: „Morgen“.

Die Verbindung ist hergestellt.

Von diesem Tag an gab Nummer 63 täglich während der Hof-funde die wichtigsten politischen Zeitungsnachrichten im Telegramm-feld durch Zeichen an Nummer 48. Es waren jeden Tag nur wenige Sätze. Aber Nummer 48 war in seiner Abgeschlossenheit auch um das Wenige froh, und Nummer 63 machte es Spaß, den Aufsichts-beamten ein Schnippchen zu schlagen. Warum mußte auch die hümmige Hausordnung das Sprechen verbieten? Das reizte ja geradezu auf, das Verbot heimlich zu übertreten. (Schluß folgt.)

## Die Schrullen der Dichter.

Von Karl Anders.

Zur Psychologie des dichterischen Schaffens sind Wunderlich-keiten berühmter Dichter nicht uninteressant. Zuerst sei eines ganz normalen dichterischen Gestalters gedacht, nämlich des Romanchrift-ellers Thomas Mann, der seinerlei Absonderlichkeiten nötig hat. Man seine großen Dichtwerke zu vollenden, sondern täglich am Vor-mittag mehrere Stunden bei der Arbeit ist, ohne sich durch irgend etwas abhalten zu lassen. Die Beharrlichkeit und der Fleiß sind neben der großen Begabung die Hauptquellen seiner Erfolge. Auf Thomas Mann trifft das Wort Goethes zu, daß Genie Fleiß ist. Andere Dichter dagegen zeigen große Schrullenhaftigkeit. Als Bol-Andere Dichter dagegen zeigen große Schrullenhaftigkeit. Als Bol-Andere Dichter dagegen zeigen große Schrullenhaftigkeit. Als Bol-

# Sensation im Laufe der Jahrhunderte.

Von Rudolf Prochazka.

Natur und Kunst gefallen sich manchmal darin, des Guten zuviel zu tun. Ueberrachen dann mit Erzeugnissen, die zumindest proble-matischen Charakter tragen. Es ist überall dort der Fall, wo die Zweckbestimmung mehr als fraglich bleibt; wo die eigentliche, über-wältigende Größe, die Erhabenheit aufhört und — die Kontrastität beginnt. Namentlich frühere Zeiten verfolgten derartige Vorgänge mit Reugier, zumal die technischen Errungenschaften einander nicht so überhasteten. So entnehme ich handschriftlichen, in meinem Besitze befindlichen Aufzeichnungen aus der Mitte des vorigen Jahr-hunderts einzelne bemerkenswerte Fälle.

Besonderem Interesse begegnen vor allem Riesenfrüchte, als Er-weder von Tafelfreunden, die oft mehr das Auge als den Gaumen zu reizen vermögen. Aus Baltimore bringt man nach Liverpool einen Apfel von 15 Zoll im Umfang und anderthalb Pfund Gewicht. Ueber ein Pfund schwere Birnen erregten Ende der dreißiger Jahre aus einer Früchtausstellung zu Courtray in Westflandern Auf-sehen; namentlich neun Stück von der Sorte Bons christiens. 1822 sind in den Breslauer Gärten anderthalb Pfund schwere Birnen gewachsen. Auf einem englischen Provingmarkt wieder zeigt man Monstertartoffeln. Eine davon mit 39 Zoll Umfang und einem Ge-wicht von mehr als 5 Pfund. „Sie wurden ohne alle Kunst auf die gewöhnliche Art erzeugt“, fügte der Chronist hinzu. 17 Pfund wog, über vier Fuß im Umfang, ein Schwamm, den man zu Nantes in Frankreich fand. Und bis zu neun Pfund schwere Schwämme wuchsen binnen 48 Stunden nur im Hausgärtchen eines Bürgers zu Kremser in Röhren (laut Brünner eitung vom 7. Juli 1768).

Biblische Vorstellungen erweckte es, wenn 1783 der Herzog von Portland dem Marquis von Kington eine Traube aus seinem Weingarten zu Welbel sendet, über 19 Pfund schwer, 19 Zoll im Durchmesser, über vier Fuß im Umfang und von mehr als 21 Zoll Länge. Aus dem Jahre 1846 allein werden drei Fälle von Hyper-trophie gemeldet. Während fast allgemein über das Mißraten der Kartoffeln geklagt wird, eräbt ein Dehnkonim in Wäzburg wahre Riesenrüben aus, fünf von neun Zoll Länge, vier Zoll im Durch-messer und mehr als acht Pfund Gewicht. In Wimmelingen an der Mosel ist eine Traube gewachsen, 1 1/2 Ellen lang, 3/4 breit und über 8 Pfund schwer, die Beeren so groß wie Ballnüsse. Einem Forstbeamten der Herrschaft Bürglich in Böhmen aber kamen zufällig in seinem Garten auf eine Rabatte zwei Hasferkörner ge-lossen, deren eines sich so stark bestoß, daß es 69 Halme mit 61 reifen Rispen treibt, die 3519 Körner ergaben. Um ein Fünftel kleiner war der zweite Stoß. Den Retord schloßen Melonen. Aus Mingrelien kommt eine solche Frucht von Ellenlänge, wie ein horn gebogen. Und im August sieht man auf den öffentlichen Plätzen Benedigs Wassermelonen, manche bis 40 Pfund schwer, wie Kanonen-tugeln zu hohen Pyramiden aufgeschichtet.

Drei Paar Menschenhände wieder haben sich vereinigt, um das „größte Buch“ anzufertigen, in Kalfutta zu sehen. Es ist eine Abschrift des Koran, von dem frommen Rußmann Scholam Moghubin und seinen zwei Söhnen. Sie sind nach Mekka gezogen, um ihr Werk in Gebirge dort niederzuliegen. Die Buchstaben der

Schrift sind drei Zoll hoch. Der Band von 1 Fuß Dicke, über 4 Fuß Höhe und mehr als 2 1/2 Fuß Breite. Den Korantext hatte binnan sechs Jahren der Vater allein geschrieben, die Söhne fügten eine persische Uebersetzung bei. Zwei starke Bretter bilden den mit einem Vorlegebuche versehenen Deckel.

Der alte Chronist erwähnte aber auch einzelne Riesenröhren im Dienste des praktischen Lebens. Symbol: die Blätter des Tall-potbaums. Ein solches ward aus Geylon nach London gebracht. Es mißt in der Höhe 12, in der Breite 16, im Umfang 38 Fuß. Wie Fächer lassen sich diese ungeheuren Blätter zusammenlegen und wieder ausbreiten, und dienen — als Schirme. Von Menschen-werten wird u. a. über die „größte Dampfmaschine der Welt“ berichtet. Börer rühmen sich um 1846 die Niederlande. Sie ist imstande, mit ihrem Pumpwert in 25 Stunden eine Million Tonnen Wasser zu entfernen und rettet das Land vor der Gefahr der Ueberflutung durch den sturmgepeinigten Harlemersee. Amerika wieder zum Beispiel besitzt um jene Zeit die größte Buch-drucker. Die des John Dixon in Boston. Sie beschäftigte 32 Pressen, 100 Fenster, bei Nacht 200 Gasflammen erleuchtete die 15 Arbeitsjale des 14294 Quadratfuß einnehmenden Gebäudes. 1824 wird in Warschau die größte Fenstertafel einge-legt, 5 1/2 Ellen hoch, 2 1/2 breit. Ein Geschenk des Zaren aus der Petersburger Fabrik für die Bibliothek.

Jenseits der Grenzen des Monstrosien stehen auch einzelne Kunst-werte als Kunstwerke von Ueberdimensionen, namentlich Musik-instrumente. Japan besitzt wohl das Urbild. Vor dem Tempel zu Jedo hängt die größte Glocke der Welt (über 22 Meter hoch und 771 600 Kilogramm schwer). Sie dient, mit einem Riesenkegel geschlagen, dem Anruf des Gottes Kwannon. Eine außerordentlich große Glocke erhielt 1836 Moskau. Sie mißt über 20 Fuß in der Höhe, mehr als 22 Fuß im Durchmesser und wiegt 3605 Zentner 65 Pfund.

Im vergangenen Jahre wurde die „größte Spieluhr der Welt“, als das größte automatische Orgelwerk, auf dem Hohen Warte zu Wien elektrisch in Betrieb gesetzt. Die Orgel hat 800 Pfeifen, läßt jede Stunde ein Musikstück hören, indessen jeweils eine historische Figur mit der Stundenziffer im vier Meter weiten Kreisumschritt der Uhr erscheint. Die „größte Orgel der Welt“ wiederum hat die Weltausstellung in St. Louis zur Ausstellung gebracht. In den beiden stehenden Pfeifen (je 32 Fuß lang) finden zwei Mann nebeneinander oder ein Poup Platz. Diese Riesenorgel zählt 140 Registerzüge und 10 059 Pfeifen, verteilt auf fünf Manuale, Kom-binationen ermöglichen die Wiedergabe selbst verwirrtester Orchester-partituren.

Das sind Wunderwerke, deren kunstvoller Mechanismus das Geheimnis der Schöpferkraft birgt, den Einschlag des Metaphysischen zeigt. Ihre Größe ist nicht nur rein äußerlich. Um die Uhren insbesondere, auch um die unscheinbarsten, ist es etwas Wertvolles. Es lebt in ihnen, wie in manchen Instrumenten, und macht sie empfindlich, als hätte ihnen nicht nur der Verfertiger, der Meister, seine Seele gehaucht.

## Die Wunder des Zeissinns.

Bill Jenny, die „menschliche Uhr“, ist kürzlich von der Britischen Medizinischen und Psychischen Gesellschaft auf seine Fähigkeiten hin untersucht worden, und dieses „Wunder des Zeissinns“ erregte bei den Gelehrten das größte Erstaunen. Bill Jenny ist ein 62jähriger Uhrmacher in London; seit 32 Jahren stellt er im Londoner Savoy-Hotel die Uhren, deren es dort über 1500 gibt; das Aufziehen allein nimmt vier Tage jeder Woche in Anspruch. Dabei arbeitet er außerordentlich schnell, denn er braucht nicht erst die richtige Zeit von seiner Tischuhr abzulesen, sondern er kann Tag und Nacht sofort angeben, „was die Glocke geschlagen hat“, wobei sein größter Irrtum nicht über eine halbe Minute hinaus-geht. Ein so hervorragend ausgebildeter Zeissinn ist allerdings eine große Seltenheit, aber im allgemeinen können wir Menschen von heute diesen Sinn reicher entwickeln als wir es tun.

Mit dem Problem des Zeissinns hat sich der französische Psychologe L. Dugas in einer Abhandlung über „Abstraktes Auf-wachen zu einer bestimmten Zeit“ in der Zeitschrift „La Psychologie et la Vie“ beschäftigt. „Das Gefühl oder die Erkenntnis der Zeit, verbunden mit der Schätzung ihrer Dauer“, schreibt er, „sollte immer ein bewußter Vorgang sein; das ist es auch gewöhnlich, aus-genommen bei wenigen Personen. Der Mensch fühlt, daß er lebt und daß die Zeit vergeht, fühlt er sogar im Schlaf.“ Daraus folgt die Tatsache, daß er die Fähigkeit besitzt, nach seinem Betreten zu einer vorher festgesetzten Zeit aufzuwachen, da er nur den Zeissinn während des Schlafes behalten muß. Freilich ist der Zeissinn des modernen Menschen sehr abgemindert. Aber wir verlieren unsere angeborenen Instinkte nicht völlig, und es finden sich große Unter-schiede bei den einzelnen Menschen. Manche können den Ablauf der Zeit überhaupt nur nach äußeren Anhaltspunkten feststellen. Wenn solche fehlen, wie z. B. des Nachts, wissen sie nicht zu sagen, ob sie lange oder kurze Zeit geschlafen haben. Wollen sie zu einer bestimmten Zeit aufwachen, so werden sie immer wieder aus dem Schlaf emporgehoben und auf der Uhr nachsehen, wie spät es ist. Bei solchen aber, bei denen der Zeissinn noch ziemlich stark ent-wickelt ist, vollzieht sich das Erwachen ganz von selbst und es erfolgt zu der bestimmten Stunde, wobei freilich Irrtümer um mehrere Minuten und vielleicht noch länger nicht ausgeschlossen sind.“

Nach den Beobachtungen von Dugas sieht der Zeissinn in engem Zusammenhang mit dem Organgefühl. Die Tätigkeit unseres ganzen Körpers vollzieht sich in einem genau ineinandergeordneten Rhythmus, der unser Leben so regelmäßig einteilt wie eine Uhr, und nicht umsonst hat man den Schlag des Herzens mit dem einer Uhr verglichen. Diese Rhythmit untrüchelt den, der dafür das seine Gefühl besitzt, über den Ablauf der Zeit.

Ein Rekordpreis für Rembrandt. Eins der schönsten und be-rühmtesten Selbstbildnisse Rembrandts, das Meisterwerk aus dem Besitz des Herzogs von Buccleuch, wurde für einen Rekordpreis am den Kunsthändler Colnaghi verkauft und wird bald nach Amerika wandern. Der genaue Preis wird noch geheim gehalten, er soll aber der höchste sein, der bisher für einen Rembrandt gezahlt wurde. Da zwei Millionen Mark den Rekordpreis bisher darstellten, so muß die Summe höher liegen, und man glaubt, daß sie 2 400 000 Mark beträgt. Das Bild ist seit 1740 im Besitz der Familie Buccleuch.

## Rampf gegen die Kälte.

Der Reformator der Polarforschung, Björnström Stefanon, hat schon in seinem Werke „Vänder der Zukunft“ interessante Versuche bekanntgemacht, den Norden der Erde zu bevölkern. Stefanon wird nun demnächst unter dem Titel „Neuland im Norden“ (bei F. A. Brockhaus in Leipzig) ein neues Werk veröffentlichen, in dem er die Furcht vor der angeblich unwohnlichen Arktis beseitigen will. Wenn sich manche Siedler im Norden nicht gleich heimlich fühlen, so liege das nur an ihrer unzumessigen Kleidung und der un-sinnigen Bauart ihrer Häuser. Der größte Nachteil eines gewöhn-lichen Wohnhauses im Norden beruhe auf der Beschaffung der Türen, die vom Freien sogleich in einen Wohnraum führten. Wenn man bei niedrigen Wintertemperaturen Türen benutzt, die 2 bis 2 1/2 Meter hoch und 1 bis 1 1/2 Meter breit seien, so heißt das, daß man eine ebenso hohe und breite Verbindung zwischen Tempera-turen herstelle, die oft um 50 Grad auseinanderliegen. Man könne selbstverständlich eine solche Tür kaum so geschwind öffnen und schließen, ohne zugleich die Innentemperatur des Hauses empfindlich herabzusetzen. Man sollte vielmehr in kalten Ländern Häuser be-nutzen, deren Erdgeschloß als Vorratsraum diene. Man könne dies Erdgeschloß durch eine Tür gewöhnlicher Bauart betreten und dann auf einer Treppe nach oben gelangen. Die Winterkleidung sollten die Europäer von den Eskimos übernehmen. Zunächst solle man eine vollständige Unterkleidung aus leichtem Renntierfell tragen, die angenehme und warme Felleite nach Innen gefehrt, von den Puls-wärmern bis zu den Socken. Darüber solle man Stiefel, Rod und Handschuhe aus Fell tragen. Lediglich die äußeren beiden Kleider dürften aus Tuch sein und nicht die ganze Kleidung, wie sie bisher benutzt wird. Unter einer solchen Kleidung, die nicht mehr als 10 Pfund wöge, würde ein „gemäßigtes Klima“ herrschen.



